

CH_VB 94.300 vom 7. Juni 1994

Bundesverwaltung, 1994-06-07, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_94.300

FR: CH_VB 94.300 du 7 juin 1994

IT: CH_VB 94.300 del 7 giugno 1994

Erwägungen

E. 7

Juni 1994 543 Standesinitiative Tessin von Bundesrechts wegen keine Ordnung der Aparthotels mehr vorsehen. Das wird künftig ausschliesslich Sache des kantonalen Rechts sein. Es ist Sache der Kantone, zu entscheiden, ob sie solche Regelungen weiterführen wollen oder nicht. Der Unterschied besteht darin, dass Herr Gadiant meint, das wäre auch ein Anlass, um in die bestehenden Rechtsverhältnisse einzugreifen und diese alten, bestehenden Auflagen, die im Rahmen von Aparthotelordnungen bestehen, nun auch gleich aufzuheben. Dazu sagt der Bundesrat: Nein, das möchten wir nicht tun, und zwar aus Gründen der Rechtssicherheit und des Schutzes des Vertrauens. Wir möchten nicht von Bundesrechts wegen unnötig in bestehende Rechtsverhältnisse eingreifen - mit der Folge, dass beispielsweise ein Hotelier, der bisher auf diese Vereinbarungen vertraut hat, tatsächlich riskiert, dass ihm am Schluss nur noch das Restaurant bleibt und diese Apartwohnungen für die Zeit, wo der Ausländer nicht in der Schweiz ist, nicht mehr zur Verfügung stehen. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir gesagt haben, wir möchten in diese altrechtlichen Verhältnisse nicht eingreifen; diese sollen weiterbestehen, wie sie vereinbart und rechtlich geordnet worden sind, aber künftig soll es von Bundesrechts wegen keine neuen Aparthotelordnungen mehr geben. Weiter sind wir der Meinung, dass auch aus föderalistischen Gründen nicht in die Autonomie der Kantone und in bestehende Rechtsverhältnisse eingegriffen werden sollte. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Kommission 16 Stimmen Für den Antrag Gadiant

E. 11

Stimmen Ziff. IV Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Ch.IV Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Salvioni Sergio (R, TI): J'interviens à titre individuel, mais je pense interpréter l'opinion de la majorité des membres de la commission. Je vous ai dit auparavant que le Département fédéral de justice et police a mandaté une commission pour faire une expertise concernant les conséquences positives et négatives d'une libéralisation totale ou un peu plus poussée. Seulement, cette affaire traîne depuis plus d'une année, il y a des initiatives en suspens et, à notre avis, le délai que la commission s'est fixé est trop long. Nous ne pouvons pas accepter qu'elle siège à la fin août et qu'elle prévienne, s'il y a consensus, de donner ses conclusions officielles au Conseil fédéral pour la fin de l'année. Là, on perd des mois et des mois, les choses traînent et je pense que ce n'est pas l'intention de la commission. J'exprime ici le désir que le Conseil fédéral et M. Koller en particulier interviennent auprès de la commission afin d'accélérer les travaux, d'avoir une réponse plus rapide - je pense que c'est aussi le désir et l'opinion de M. Koller, conseiller fédéral -, et qu'on puisse enfin en arriver à une réforme définitive, du moins dans le sens relatif que cela peut avoir dans notre système juridique. Je ne pense pas qu'on puisse accepter qu'une solution, qu'un projet soit retardé durant des années parce

que la commission prend son temps pour examiner les choses. Selon le rapport intermédiaire, la présidence de la commission dispose de tous les éléments pour juger. Alors, je ne vois pas pour quelles raisons la commission attend jusqu'à la fin août pour se réunir et ensuite jusqu'à la fin de l'année pour transmettre ses conclusions au Conseil fédéral. C'est la raison pour laquelle je prie instamment M. Koller, conseiller fédéral, d'intervenir afin d'abrégier et d'accélérer la procédure. Koller Arnold, Bundesrat: Bei aller Ungeduld - ich habe in Sachen Gesetzgebung auch einige Erfahrung - lohnt es sich meines Erachtens, wenn Sie einer Expertenkommission einen minimalen Zeitraum einräumen, damit sie eine sorgfältige Gesetzesvorlage vorbereiten kann. Ich habe auch schon das Gegenteil erlebt: Wenn wir ohne sorgfältige Analyse der Lage irgendwelche Notrechtsbeschlüsse erlassen, was ist dann die Folge? Die Folge ist, dass wir Dutzende von Beschwerden haben; bei Ihren Notrechtsbeschlüssen in der Krankenversicherung beispielsweise wird mein Beschwerdedienst von Beschwerden überhäuft. Das sind die Folgen, wenn eine Gesetzgebung schlecht vorbereitet ist. Herr Salvioni, bei allem Verständnis: Einer Expertenkommission, die gute Vorschläge auf einem so heiklen Gebiet erarbeiten soll, müssen wir eine Minimalzeit von mindestens einem Jahr gewähren, sonst besteht erstens die Gefahr, dass es legislativ keine gute Arbeit wird, und zweitens besteht die Gefahr, dass erwünschte Konsensmöglichkeiten nicht ausgearbeitet werden können; dann sind alle Konflikte im Parlament auszutragen. Ich verspreche Ihnen, wenn nötig Druck aufzusetzen, damit der Zeitplan, den ich angekündigt habe, eingehalten wird. Aber ich bin überzeugt davon, dass es am Schluss sogar kontraproduktiv wäre, die Expertenkommission noch mehr zu drängen. Angenommen - Adopté Gesamtabstimmung -

Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes 25 Stimmen Dagegen 3 Stimmen An den Nationalrat-Au Conseil national #ST# 94.300 Standesinitiative Tessin Liberalisierung des Grundstückerwerbs durch Ausländer Initiative du canton du Tessin Libéralisation de l'acquisition de biens immobiliers par des étrangers Salvioni Sergio (R, TI) unterbreitet im Namen der Kommission für Rechtsfragen (RK) den folgenden schriftlichen Bericht: Am 25. Januar 1994 reichte der Kanton Tessin eine Standesinitiative ein, welche von den eidgenössischen Räten verlangt, den Grundstückerwerb durch Ausländer mit einer dringlichen und grundlegenden Änderung der diesbezüglichen Gesetzgebung schrittweise zu liberalisieren. Erwägungen der Kommission Die Kommission für Rechtsfragen, welcher dieses Geschäft zur Beratung zugewiesen wurde, prüfte die Standesinitiative am 14. April 1994. Sie hält fest, dass das vom Kanton Tessin vorgebrachte Anliegen bereits bei der laufenden Teilrevision der Lex Friedrich zur Diskussion steht. Die Liberalisierung des Grundstückerwerbs durch Ausländer bildet den Hauptpunkt dieser Revision. Die Kommission verweist im übrigen auf die diesbezüglichen Beratungen in den Räten. Salvioni Sergio (R, TI) présente au nom de la Commission des affaires juridiques (CAJ) le rapport écrit suivant:

Constitution du canton de Berne. Garantie 544 7 juin 1994 Le 25 janvier 1994, le canton du Tessin a déposé une initiative cantonale par laquelle il demandait à l'Assemblée fédérale de réviser d'urgence et en profondeur la législation fédérale afin de libéraliser progressivement l'acquisition de biens-fonds par des étrangers. Considérations de la commission La Commission des affaires juridiques a examiné ladite initiative le 14 avril 1994. Elle note que la modification proposée par le canton du Tessin figure déjà parmi les points traités dans le cadre de la révision en cours de la loi dite «lex Friedrich», dont l'acquisition de biens-fonds par des étrangers constitue d'ailleurs précisément l'objet principal. Au reste, la commission renvoie aux délibérations des Chambres concernant cette question. Antrag der

Kommission Die Kommission beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Proposition de la commission La commission propose de ne pas donner suite à l'initiative. Kähler Niklaus (C, OW), Berichterstatter: Die Standesinitiative Tessin verlangt unter anderem, «den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland nach und nach zu liberalisieren, und zwar durch eine dringlich grundlegende Änderung der einschlägigen Gesetzgebung des Bundes». Ihre Kommission ist der Auffassung, dass mit der Revisionsvorlage 94.032, die unserem Rat wirklich rasch unterbreitet worden ist, dem Anliegen der Standesinitiative voll und ganz Rechnung getragen wurde. Diese Vorlage enthält eine grundlegende Änderung, eine Lockerung der Lex Friedrich. Das Begehren des Kantons Tessin kann deshalb als erfüllt gelten; der Standesinitiative ist nach Ansicht der Kommission keine Folge zugeben. Angenommen - Adopté An den Nationalrat-Au Conseil national #ST# 93.096 Verfassung des Kantons Bern. Gewährleistung Constitution du canton de Berne. Garantie Botschaft und Beschlussentwurf vom 6. Dezember 1993 (BBI1994I401) Message et projet d'arrêté du 6 décembre 1993 (FF 1994I401) Roth Jean-François (C, JU) unterbreitet im Namen der Staatspolitischen Kommission (SPK) den folgenden schriftlichen Bericht: Nach Artikel 6 Absatz 1 der Bundesverfassung sind die Kantone verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes einzuholen. Nach Absatz 2 des gleichen Artikels gewährleistet der Bund kantonale Verfassungen, wenn sie weder die Bundesverfassung noch das übrige Bundesrecht verletzen, die Ausübung der politischen Rechte in republikanischen Formen sichern, vom Volk angenommen worden sind und revidiert werden können, sofern die absolute Mehrheit der Bürger es verlangt Erfüllt eine kantonale Verfassung diese Voraussetzungen, so muss sie gewährleistet werden; erfüllt eine kantonale Verfassungsnorm eine dieser Voraussetzungen nicht, so darf sie nicht gewährleistet werden. Die Prüfung der vom Berner Volk am 6. Juni 1993 beschlossenen Totalrevision der Kantonsverfassung hat ergeben, dass sämtliche Verfassungsartikel die Voraussetzungen für die Gewährleistung erfüllen. Im Rahmen der Diskussion über diese Prüfung wurde in der Kommission im übrigen festgestellt, dass diese Totalrevision sowohl in materieller wie auch in formeller Hinsicht als Vorbild für die wünschenswerte Totalrevision der Bundesverfassung gelten kann. Roth Jean-François (C, JU) présente au nom de la Commission des institutions politiques (CIP) le rapport écrit suivant: En vertu de l'article 6 alinéa 1er de la Constitution fédérale, les cantons sont tenus de demander à la Confédération la garantie de leur constitution. Selon l'alinéa 2 de ce même article, la Confédération accorde la garantie, pour autant que ces constitutions soient conformes à la Constitution fédérale et à l'ensemble du droit fédéral, qu'elles assurent l'exercice des droits politiques selon des formes républicaines, qu'elles aient été acceptées par le peuple et qu'elles puissent être révisées lorsque la majorité absolue des citoyens le demande. Si une disposition constitutionnelle cantonale remplit toutes ces conditions, la garantie fédérale doit lui être accordée; sinon, elle lui est refusée. L'examen de la révision totale de la constitution bernoise adoptée par le peuple bernois, le 6 juin 1993, a révélé que toutes les dispositions de la nouvelle constitution remplissent les conditions requises pour l'octroi de la garantie. En outre, il appert des discussions menées au sein de la commission que cette révision totale constitue, aussi bien du point de vue du fond que de celui de la forme, un modèle pour la révision totale de la Constitution fédérale à laquelle on souhaite procéder. Antrag der Kommission Die Kommission beantragt einstimmig, den Bundesbeschluss über die Gewährleistung der Verfassung des Kantons Bern anzunehmen. Proposition de la commission La commission propose, à l'unanimité, l'adoption de l'arrêté fédéral concernant la garantie de la constitution du canton de Berne. Beerli Christine (R, BE): Ich halte mich

kurz, damit Sie, Herr Präsident, Ihrem Versprechen nachkommen können, um

E. 13

Uhr die Sitzung zu schliessen. Sie haben zur Gewährleistung der neuen bernischen Kantonsverfassung einen schriftlichen Bericht erhalten. Dem bleibt nichts mehr beizufügen. Die am 6. Juni 1993 von den Bernerinnen und Bernern mit grossem Mehr angenommene Verfassung ist ein gutes, ein zeitgemässes und dennoch in der Tradition verwurzeltes Grundgesetz, dem die eidgenössische Gewährleistung ohne weiteres erteilt werden kann. Es ist daher nicht notwendig, über den Inhalt weitere Worte zu verlieren. Über den Weg jedoch, der zur Realisierung der Totalrevision führte, möchte ich einen Gedanken weitergeben, denn wie so oft war auch hier der Weg bereits ein guter Teil des Zieles. Als im Jahre 1986, unmittelbar nach der bernischen Finanzaffäre, das Projekt der Totalrevision der Verfassung zur Sprache kam, haben viele «vernünftige» Politiker den Kopf geschüttelt und gesagt, wir hätten jetzt wirklich anderes, Wichtigeres zu tun. Sie haben prophezeit, das Projekt werde scheitern oder zumindest im Sand verlaufen. Das tat es nicht. Unter Mithilfe einer grossrätlichen Kommission, die das Projekt realisierte, der Universität und der gesamten Bevölkerung kam eine gute neue Verfassung zustande. Es brachte allen Beteiligten viel, sich wieder einmal von der Flut der Tagesgeschäfte zu lösen und über Partei- und Sprachgrenzen hinaus miteinander über grundsätzliche Werte zu diskutieren. Genau dies täte uns auf Bundesebene auch gut. Die Zeiten sind vorbei, als man ziemlich konzeptlos ein wenig hier und dort reformieren konnte. Ein solches Vorgehen führt nur zu Flickwerk und damit bei der Bevölkerung zu Politikver-

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Standesinitiative Tessin Liberalisierung des Grundstückerwerbs durch Ausländer Initiative du canton du Tessin Libéralisation de l'acquisition de biens immobiliers par des étrangers In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1994 Année Anno Band II Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Ständerat Conseil Conseil des Etats Consiglio Consiglio degli Stati Sitzung 06 Séance Seduta Geschäftsnummer 94.300 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 07.06.1994 - 08:00 Date Data Seite 543-544 Page Pagina Ref. No 20 024 316 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.